

ÜBER DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ESTLAND UND DER SOWJETUNION IM ZEITALTER DER SOWJETISCHEN MILITÄRSTÜTZPUNKTE

In der letzten Zeit hat man so mancherorts den Ereignissen in den Baltischen Staaten in den Jahren 1939—1940 eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Insbesondere interessiert man sich für das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den Baltischen Staaten. Das ist auch verständlich, denn die Okkupierung, Sowjetisierung und Inkorporierung der Baltischen Staaten seitens der Sowjetunion sind ja der Hauptgrund für die politischen Prozesse, die sich heute in den Baltischen Staaten abspielen.

Der Freiheitskampf der baltischen Völker ist sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik der Sowjetregierung zu einem bedeutenden Problem geworden. Man unternimmt in Moskau große Anstrengungen, um die Freiheitsstrebungen der estnischen, lettischen und litauischen Völker als Machenschaften einer Handvoll von Nationalisten und Extremisten darzustellen, die in der Bevölkerung keine Unterstützung genießen. Oft behauptet man, daß Litauen, Lettland und Estland 1940 freiwillig in die UdSSR eingetreten seien und folglich wären ihre Souveränitätsbestrebungen heute unbegründet. Um das zu beweisen, haben das Verteidigungsministerium und das Außenministerium der UdSSR in ihren Ausgaben eine große Anzahl verschiedener Materialien über die Geschehnisse in den Baltischen Staaten in den Jahren 1939—1940 publiziert. In den Zeitschriften des Verteidigungsministeriums «Vojenno-istoričeskij žurnal»¹ und des Außenministeriums «Meždunarodnye otnošenija»² hat man zahlreiche Dokumente über die Beziehungen der UdSSR und der Baltischen Staaten in den Jahren 1939—1940 veröffentlicht. Über dasselbe Thema hat das Außenministerium 1990 eine umfangreiche Dokumentensammlung herausgegeben.³

Alle erwähnten Publikationen befolgen ein klares politisches Ziel. Obwohl die Verfasser sich solcher Maßnahmen bedient haben, wie eine einseitige Dokumentenwahl, das Weglassen der für Moskau meistkompromittierenden Materialien usw., enthält diese Sammlung doch auch interessante Unterlagen, die die Moskauer Politik gegenüber den Baltischen Staaten etwas präzisieren lassen.

Welches Ziel haben die sowjetischen Obrigkeiten hinsichtlich der Baltischen Staaten im Herbst 1939 vor den Augen gehabt?

Wie bekannt, haben die Staatsmänner der Sowjetregierung und begreiflicherweise auch die sowjetischen Historiker schon immer behauptet, daß man die Beistandspakte mit den Baltischen Staaten nur zum Schutz vor der seitens Deutschland drohenden Gefahr abgeschlossen hätte. Das mußte natürlich mitgerechnet werden, bedeutend wichtiger jedoch war für die Sowjetregierung der Wunsch, sich einen Ausgang zum Meer zu sichern und die Baltischen Staaten dem Willen Moskaus unterwerfen zu können. Das bekräftigen sogar die in Moskau publizierten Dokumente. So

* Eesti Teaduste Akadeemia Ajaloo Instituut (Institut für Geschichte der Estnischen Akademie der Wissenschaften). 200101 Tallinn, Rüütli 6. Estonia.

¹ Военно-исторический журнал, 1988, № 12; 1989, № 4.

² Международные отношения, 1990, № 2, 3.

³ Полпреды сообщают... Сборник документов об отношениях СССР с Латвией, Литвой и Эстонией. Август 1939 — август 1940 г. Министерство иностранных дел СССР. Москва, Международные отношения, 1990.

hat J. Stalin z. B. am 2. Oktober 1939 dem lettischen Außenminister V. Munters behauptet: «Wir brauchen Stützpunkte am eisfreien Meer.» Und setzte fort: «Das, was 1920 beschlossen wurde, kann nicht ewig fort dauern. Schon Peter der Große hat sich um den Ausgang zum Meer gekümmert. Heute verfügen wir über keinen Ausgang und befinden uns in einer Lage, wo wir nicht länger bleiben können. Deshalb wollen wir uns Häfen mit entsprechenden Verbindungswegen anschaffen, sowie den Schutz darüber sichern.»⁴ Genauso versicherte W. Molotow dem estnischen Außenminister K. Selter am 24. September, daß die Lage, in der sich die Sowjetunion nur mit einer Einbuchtung der Ostsee abfinden muß, höchstens unnatürlich sei. Er betonte: «Vor 20 Jahren haben Sie uns in diese «Pfütze» gesetzt. Sie glauben doch nicht, daß es für ewig so bleibt. Damals war die Sowjetunion schwach, aber inzwischen ist sie sowohl wirtschaftlich als auch kulturell und militärisch gewachsen. Die UdSSR ist jetzt eine Großmacht und man hat mit ihren Interessen zu rechnen.»⁵

Auf diese Weise haben Stalin und Molotow behauptet, daß die 1920 mit den Baltischen Staaten abgeschlossenen Friedensverträge revidiert werden müssen. Die Unterzeichnung der Beistandspakte mit Estland am 28. September, mit Lettland am 5. Oktober und mit Litauen am 10. Oktober hat inhaltlich eben das Revidieren dieser Friedensverträge bedeutet. Stalin hat über Lettland folgendes gesagt: «Nach dem Abschließen dieses Paktes werden alle wissen: hier gibt es zwei Landesväter — die Letten und die Russen.»⁶

Also hat die Sowjetunion im Herbst 1939 in Wirklichkeit ihr Protektorat über die Baltischen Staaten errichtet. In wichtigsten Punkten Estlands, Lettlands und Litauens waren Streitkräfte des großen Nachbarlandes disloziert, es war diesen Staaten untersagt, eine eigene Auslandspolitik zu betreiben. Die Sowjetunion hatte über den Baltischen Staaten ein Kondominium eingeführt. Diese Tatsache hat sowohl in den Baltischen Staaten, als auch in der Weltöffentlichkeit große Sorge darum hervorgerufen, ob und inwieweit Moskau und die Sowjetunion die abgeschlossenen Pakte einhalten werden. Es war allen klar, daß Estland, Lettland und Litauen der Willkür des großen Nachbarn im Osten ausgesetzt waren, und daß ihr weiteres Schicksal vollkommen von dem Ermessen Moskaus abhängig war. Immer mehr überzeugte man sich davon, daß die Sowjetunion die Möglichkeit erhalten hatte, diese Kleinstaaten jederzeit liquidieren zu können, entweder durch eine direkte Aggression oder durch die Veranstaltung eines inneren Umsturzes.

Wie man weiß, sind diese Befürchtungen im Sommer 1940 wahr geworden.

Nachfolgend wollen wir uns etwas näher ansehen, wie man sich in Moskau zur Erfüllung des mit Estland abgeschlossenen Paktes stellte, und wie die Moskauer Taktik gegenüber den Baltischen Staaten im Zeitalter der sowjetischen Militärstützpunkte aussah.

Auf Grund der in der letzten Zeit der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Unterlagen kann man behaupten, daß es in Moskau in dieser Frage gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetregierung einerseits und den Obrigkeiten der Roten Armee andererseits gegeben hat. Wenn die Armeeangehörigen von behördlichen Interessen ausgingen und die im Pakt fixierten Bestimmungen zu ignorieren versuchten, hat die Sowjetregierung (d. h. in erster Linie Stalin und Molotow) eine bedeutend mehr biegsame Taktik ausgeübt.

⁴ Ebenda, 76.

⁵ Molotov-Ribbentropi paktist baaside lepinguni. Dokumente ja materjale. Tallinn, Peitoodika, 1989, 124.

⁶ Полпреды сообщают, 78.

Die Ziele der Roten Armee zeigten sich in den Verordnungen des Volkskommissars der Verteidigung der UdSSR K. Woroschilow und des Chefs des Generalstabs B. Schaposchnikow an den Kriegsrat des Militärbezirks Leningrad am 30. September 1939. Man verlangte dort die Unterbringung der sowjetischen Streitkräfte nicht nur auf den Inseln Saaremaa und Hiiumaa und im Landkreis Paldiski, wie im Beistandspakt fixiert war, sondern auch in den Regionen Haapsalu—Tallinn, Viljandi—Valga, Haapsalu—Pärnu und Paide.⁷ Folglich beabsichtigten die Obergkeiten der Roten Armee nicht nur die Anlegung der Militärstützpunkte auf dem estnischen Territorium, sondern in Wirklichkeit die Besetzung Estlands.

Bekanntermaßen konnte man Anfang Oktober in Tallinn im Laufe der Militärverhandlungen diesbezügliche Forderungen Moskaus meistenteils abwehren, aber auch künftig hat die Rote Armee den Vertrag über die Militärstützpunkte nicht befolgt. So z. B. haben die sowjetischen Streitkräfte im Winterkrieg während der Kriegsoperationen gegen Finnland sich der estnischen Flugplätze und Häfen bedient. Das war eine grobe Verletzung der Estnischen Neutralität und stand im klaren Widerspruch zu den Festlegungen des Beistandspaktes.

Im Gegensatz zum Militär hielten J. Stalin, W. Molotow und ihre Mittäter es vorerst für notwendig, ihre eigentlichen Ziele zu verheimlichen. Es ist klar, daß man schon im Herbst 1939 im Zusammenhang mit den Geheimvereinbarungen zwischen Hitler und Stalin sich in Moskau die Okkupierung oder Annektierung der Baltischen Staaten zum Ziel gesetzt hatte.

Im Laufe der Verhandlungen mit den Baltischen Staaten im Herbst 1939 haben J. Stalin und W. Molotow mehrmals deklariert, daß die Sowjetunion die soziale und politische Ordnung dieser Staaten anerkennt und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten nicht beabsichtige. In Tallinn war man solchen Äußerungen gegenüber recht skeptisch eingestellt. Es war ja schon immer Moskaus Ziel gewesen, die Grenze Rußlands bis zur Ostsee weiterzurücken.

Der am 2. Februar 1920 mit Estland abgeschlossene Tartuer Friedensvertrag entsprach den damaligen Interessen Sowjetrußlands, aber nur zeitweilig. Man hielt es in Moskau grundsätzlich für natürlich, daß die ehemaligen Territorien des Russischen Imperiums wieder an den Sowjetstaat angeschlossen werden. Sogar W. I. Lenin hat geschrieben, daß die Arbeiter die bürgerliche Regierung in Estland wohl stürzen und ein sowjetisches Estland errichten werden, welches dann mit uns einen neuen Friedensvertrag abschließen wird.⁸ Unter dem «neuen Friedensvertrag» war selbstverständlich die Liquidierung der Selbständigkeit Estlands und die Vereinigung mit dem Sowjetstaat zu verstehen. Daß es eben so gewesen war, davon zeugen auch die Kampfziele der estnischen Kommunisten und das Programm der Kommunistischen Partei Estlands. Sowohl im ersten, als auch im zweiten Programm der KPE, entsprechend in den Jahren 1920 und 1929, stand ausdrücklich, daß das Hauptziel der Kommunisten nach der Errichtung der Sowjetmacht die Angliederung Estlands an die UdSSR sei. Es gab in Moskau einflußreiche Kreise, wo man für natürlich hielt, das die Revolutionsprozesse in den Nachbarstaaten mit der Hilfe von Bajonetten der Roten Armee «angetrieben» werden müssen. Bekanntlich hat sich die Einführung der Sowjetmacht in Aserbaidshan, Armenien und Georgien in den Jahren 1920—1921 nach demselben Schema abgespielt, so daß der örtliche Aufstand von der Roten Armee unterstützt wurde. Dasselbe Szenarium war auch für Estland während des Putschversuches am 1. Dezember 1924 vorgesehen, der jedoch durchgefallen war.

⁷ Ebenda, 72.

⁸ *Lenin, V. I. Teosed*, 30, 280.

Die Gefahr aus dem Osten hat sich zwar gegen Ende der 1920er und in den 1930er Jahren wegen der Verschärfung der Innenpolitischen Probleme in der Sowjetunion etwas zurückgezogen. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges aber haben sich in Moskau die Ideen der Weltrevolution wieder verstärkt und man wollte den Kriegsausbruch in Europa zur Verbreitung der Einflußsphäre des stalinistischen Sozialismus ausnutzen.

In ihren Vorträgen nach Moskau haben die sowjetischen Diplomaten in Tallinn, Riga und Kaunas mehrmals betont, daß die einheimischen Werktätigen die Sowjetunion lieben und sich nach der Sowjetmacht sehnen. Die Unterzeichnung der Beistandspakte und der Einmarsch der Sowjettruppen wurden anfangs sowohl von den sowjetischen Diplomaten, als auch von den lokalen Militärbediensteten und Politfunktionären der Sowjetunion als ein Beginn der Sowjetisierung der Baltischen Staaten angesehen. Mit einem großen Aplomb berichtete man nach Moskau, wie estnische revolutionäre und oppositionäre Kreise, Vertreter der Gewerkschaften usw. Kontakte mit den sowjetischen Behörden aufgenommen haben.

In der zweiten Hälfte Oktobers erhielten die sowjetischen Diplomaten in den Baltischen Staaten aus Moskau einen strengen Befehl, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Baltischen Staaten einzumischen. W. Molotow hat dem Botschafter in Estland, K. Nikitin, sogar telegraphiert, daß dieser die Politik der Sowjetunion hinsichtlich Estland im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Beistandspaktes überhaupt nicht verstanden habe.⁹ Darauf ist die sog. Thematik des proletarischen Internationalismus aus den Vorträgen der Sowjetdiplomaten wie durch Zauberkraft verschwunden.

Auch in den Befehlen des Volkskommissars der Verteidigung der UdSSR, K. Woroschilow, vom 25. Oktober über das Verhalten des Personalbestandes der in Estland, Lettland und Litauen dislozierten Truppenverbände hat man die Einmischung in die Angelegenheiten dieser Staaten, sowie die Zusammenkünfte der Truppeneinheiten, Soldatengruppen und Einzelsoldaten mit Arbeiter- und anderen Organisationen, die Abhaltung gemeinsamer Versammlungen, Konzerte und Empfänge usw. usf. verboten.¹⁰

Also hat man im Herbst 1939 in Moskau zeitweilig den Kurs auf die Nichteinmischung in die baltischen Verhältnisse genommen. Offenbar hat man damals doch einigermaßen mit der internationalen öffentlichen Meinung rechnen müssen, obwohl die Hauptfaktoren doch konkrete außenpolitische Erwägungen gewesen sind. Die Verhandlungen mit Finnland gingen nur mühsam voran, und deshalb versuchte man auf jede Weise zu demonstrieren, daß die Unterbringung der Roten Armee in den Militärstützpunkten in Estland, Lettland und Litauen keine besonderen innenpolitischen Probleme hervorgerufen hat. Außerdem war Moskau auch daran interessiert, daß die Ankunft der sowjetischen Truppen und der Ausbau der Militärstützpunkte in einer möglichst ruhigen Situation stattfinden würde. Ein Mitarbeiter des Estnischen Außenministeriums hatte recht, als er in einem Gespräch mit dem Gesandten der USA gesagt hatte, daß Estland auf eine Ruhepause von ein paar Monaten hoffen kann, weil eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Estlands zu diesem Zeitpunkt nicht für angezeigt gehalten wurde.

Begreiflicherweise waren die Beziehungen zwischen Estland und der Sowjetunion im Zeitalter der sowjetischen Militärstützpunkte fast vollkommen von der Moskauer Politik abhängig. Die estnische Regierung und die Obrigkeit der estnischen Armee haben es ausgezeichnet begriffen, daß man den mit der Sowjetunion abgeschlossenen Pakt bedingungslos

⁹ Полпреды сообщают, 140, 144.

¹⁰ Ebenda, 147—152.

einhalten mußte. Weil man sich dessen bewußt war, daß die Verschärfung der Beziehungen mit Moskau unvermeidlich fatale Folgen haben wird, ist die Estnische Regierung Moskau gegenüber recht zuvorkommend gewesen und hat versucht, mittels verschiedener Konzessionen jegliche Komplikationen zu vermeiden.

Das bedeutet jedoch bei weiten noch nicht, daß die Estnische Regierung bei der Regelung der Beziehungen mit dem mächtigen Nachbarn im Osten völlig passiv geblieben wäre. Ganz umgekehrt — die Regierung und besonders der Außenminister A. Piip — haben sich große Mühe gegeben, um die Beziehungen dieser zwei Staaten auf einer festen vertragsmäßigen Basis zu gründen.

Zunächst versuchte die Estnische Regierung, verschiedene Probleme durch eine mit dem Beistandspakt vorgesehene gemischte Kommission zu lösen. Dieser Versuch mißlang, denn die sowjetische Seite hat für die Arbeit dieser Kommission gar kein Interesse aufgezeigt. Seit Ende November 1939 setzten zwischen Tallinn und Moskau Konsultationen zur Abschließung eines Vertrages über die Regelung der mit dem Zugewesen der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium Estlands verbundenen Probleme ein. Man arbeitete z. B. an Vereinbarungen über die Verpachtung der von den Militärstützpunkten eingenommenen Territorien, über die Benutzung des Estnischen Kommunikationssystems seitens der sowjetischen Behörden, über die Anreise der Offiziersfamilien nach Estland, über den Verkauf von Baumaterialien, Lebensmitteln usw., sowie über Erweisung der Kommunaldienste an sowjetische Behörden usw.

Zur Regelung verschiedener Fragen beschloß man, eine Reihe von Verträgen abzuschließen. Bald fing aber die sowjetische Seite an, mit den Verhandlungen zu verzögern. Der Grund dazu scheint klar zu sein: Solange, bis alle Fragen über die Beziehungen dieser zwei Staaten vertraglich nicht festgelegt waren, konnte die sowjetische Seite den Beistandspakt zu ihren Gunsten interpretieren und an Estland immer neue Forderungen stellen.

Im Gegensatz zum Zusatzprotokoll des Beistandspaktes, laut welchem die Gesamtzahl der sowjetischen Land- und Luftstreitkräfte in Estland nicht mehr als 25 Tausend Mann sein konnte, strebte man die Zulassung immer neuer Truppeneinheiten und Bataillone in die Militärstützpunkte an. Außerdem verlangte man zur Erweiterung der Militärstützpunkte und zum Ausbau von Verteidigungsanlagen immer neue Territorien hinzu. Vorerst konnte die Estnische Regierung den sowjetischen Ambitionen entgegenzutreten, später jedoch mußte man auf die von Moskau diktierten Bedingungen eingehen.

Im Frühjahr 1940 begann die sowjetische Regierung, die ja selbst die Verhandlungen sabotiert hatte, die Estnische Regierung darin zu beschuldigen, die Verhandlungen gehemmt zu haben. Am 25. Mai war die Estnische Regierung gezwungen, einen Vertrag zu unterzeichnen, laut dem man für den Bedarf der sowjetischen Streitkräfte 42 Territorien mit einer Gesamtfläche von insgesamt 30 029 ha zur Verfügung stellen mußte.

Den Verhandlungen über andere Tagesordnungspunkte hat die sowjetische Seite weiterhin Sand ins Getriebe gestreut. Am 8. Juni unterzeichnete man noch einen Pakt über die administrativen Bedingungen der Anwesenheit der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium Estlands; die übrigen Verträge hielt Moskau für unnötig.

Den zweiten Artikel des Beistandspaktes, dem gemäß die Sowjetunion Bewaffnung und Militärausrüstung an Estland mit einem Vorzugspreis überlassen sollte, hat die Regierung der Sowjetunion ebenfalls nicht eingehalten. Im Dezember 1939 versprach man J. Laidoner in Moskau Militärausrüstung zu verkaufen. Die Estnische Regierung stellte zu diesem Zweck große Summen — insgesamt 30 Millionen Estnische Kronen —

bereit und äußerte den Wunsch, Flugzeuge, Panzer, Flieger- und Panzerabwehrkanonen usw. zu kaufen. Dann stellte es sich aber heraus, daß die sowjetische Seite gar nicht bereit war, das alles zu verkaufen, und außerdem verlangte sie für die Waffen und Ausrüstung einen enorm hohen Preis. Unter großen Bemühungen konnten der Generalmajor R. Tomberg und der Estnische Gesandte A. Rei es in Moskau soweit bringen, daß am 3. März 1940 ein leidlich annehmbarer Vertrag abgeschlossen wurde. Jedoch nur im Umfang von 5,2 Millionen Estnischen Kronen. Anschließend begann die sowjetische Seite mit der Vollziehung des Vertrages zu verzögern und von den bestellten Waffen und Ausrüstungen hat man nur einen Bruchteil erhalten.

Der Verlauf der weiteren Ereignisse hat bestätigt, daß die Beteuerungen der sowjetischen Obrigkeiten von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Baltischen Staaten nur eine zeitweilige taktische Verfahrensweise gewesen waren. Freilich können wir noch keine ausführliche Antwort auf die Frage geben: Wann und wie haben sich die Pläne Moskaus gegenüber den Baltischen Staaten gestaltet und angereift?

Im Frühling des Jahres 1940 ging man in Moskau zu unmittelbaren Vorbereitungen zur Annexion der Baltischen Staaten über. Am 23. März nahm das Sekretariat des Exekutivkomitees der Komintern eine Resolution über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Litauens an, wo zum endgültigen Ziel «die Stürzung des reaktionären Regimes und die Gründung einer demokratischen Volksregierung» gesetzt war. Das war ein unheilverkündendes Dokument nicht nur für Litauen, sondern auch für Lettland und Estland. Alle Standpunkte der Komintern waren damals persönlich mit Stalin koordiniert und sie widerspiegeln die Standpunkte der Sowjetregierung. Folglich hatte Moskau die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Baltischen Staaten beiseitegelassen und den Kurs auf die Sowjetisierung dieser Staaten genommen.

Im Mai 1940 griff die Regierung der Sowjetunion zu unmittelbaren Provokationen gegen die Baltischen Staaten. Zuerst nahm man Litauen vor. Man verbreitete in Moskau Gerüchte, als ob in den in Litauen untergebrachten Garnisonen Sowjetsoldaten vermißt worden wären. Die Regierung der Sowjetunion beschuldigte am 25. Mai den Litauischen Gesandten in Moskau, Natkevicius, der provokatorischen Tätigkeit der Litauischen Mächte gegen die Sowjetunion. Man behauptete in Moskau, die Litauischen Behörden hätten sowjetische Armeeangehörige gewaltsam festgenommen, um von ihnen Militärgeheimnisse zu erpressen.

Heute weiß man allzugut, daß die Beschuldigungen der Sowjetregierung unbegründet waren.

Auch Estland ist diesen gegen die Baltischen Staaten gerichteten Aktionen nicht entkommen. Ende Mai veröffentlichte «Prawda» einen Artikel, wo man die politische Gesinnung Estlands kritisierte und der estnischen Intelligenz die Orientiertheit auf England, sowie die abschätzigste Einstellung gegenüber Deutschland vorhielt. Dieser Artikel wurde so mancherorts als eine Warnung an Estland eingeschätzt.

Mit der Verordnung des Volkskommissars der Verteidigung, S. Timoschenko, vom 3. Juni wurden alle in den Baltischen Staaten dislozierten Einheiten der Sowjetarmee direkt ihm subordiniert. Damit hatte man den Beschluß zur Okkupierung der Baltischen Staaten schon gefaßt.

Der weitere Verlauf der Geschehnisse ist wohlbekannt. Indem man sich auf erdichtete Beschuldigungen an die Baltischen Staaten stützte, richtete die Regierung der Sowjetunion am 14. Juni an Litauen und am 16. Juni an Lettland und Estland Noten ultimativen Charakters, wo Zustimmung zum sofortigen Einmarsch weiterer sowjetischer Truppen auf das Territorium der Baltischen Staaten gefordert wurde. Gleich danach wurden Litauen, Lettland und Estland von den sowjetischen Truppen besetzt.

Unter den Bedingungen, wo die sowjetischen Truppeneinheiten alle wichtigsten Punkte in ihren Besitz genommen hatten, ist die Sowjetisierung der Baltischen Staaten für Moskau nicht schwergefallen. Auch dieser Prozeß wurde von Unwahrheiten und Volksverführungen begleitet. Man versuchte der ganzen Welt den Eindruck vorzumachen, daß es sich in Estland, Lettland und Litauen um einen massenhaften Volksaufstand handelte, nicht aber um einen Staatsstreich, der von dem Nachbarstaat veranstaltet war. Nach dem Moskauer Szenarium war vorerst eine zeitlich viel längere Übergangsperiode zwischen der Bildung der sog. Volksregierung und dem Beitritt der Baltischen Staaten zur UdSSR vorgesehen. Durch den schnellen Vormarsch der deutschen Truppen in Westeuropa war die Regierung der Sowjetunion notgedrungen zur Eile angetrieben.

Die auf Geheiß Moskaus am 14. und 15. Juli durchgeführten Wahlen widersprachen der Verfassung der Estnischen Republik und der geltenden Gesetzgebung. Um das Volk um die Nase zu führen, enthielten die Wahlprogramme kein einziges Wort über die Errichtung der Sowjetmacht, über die Nationalisierung des Grundbesitzes, der Produktionsbetriebe, usw., geschweige denn von dem Beitritt Estlands zur UdSSR. Außerdem wurden die Gegenkandidaten abgesetzt, die Wahlen verliefen in der Atmosphäre der massiven Pression und Drohungen, die Wahlergebnisse wurden gefälscht. Das alles hat auch bei der Weltöffentlichkeit Aufsehen erregt und man fand einen Begriff dafür — «die baltischen Wahlen».

Erst nach den Pseudowahlen stellte man die Forderung an den Beitritt zur UdSSR. Die neue Abgeordnetenversammlung kam am 21. Juli zusammen und deklarierte Estland zu einer sozialistischen Sowjetrepublik. Am nächsten Tag stellte man den Antrag, die Estnische Sowjetrepublik solle sich der Sowjetunion anschließen. Im Laufe der letzten Jahre ist eine Reihe von Tatsachen über die große Druckausübung auf die Abgeordneten der Staatsversammlung bekannt geworden.

Wenn man versucht, die Politik der Sowjetregierung in den Jahren 1939—1940 zu bewerten, so muß man gestehen, daß Stalin, Molotow und ihre Mitarbeiter sich bei der Annektierung der Baltischen Staaten einer äußerst geschickten Taktik bedient haben. Während sie aufgrund der mit Deutschland abgeschlossenen Verträge für Estland, Lettland und Litauen freie Hände bekam, gelang es Moskau auch, einerseits durch direkte Zwangsmittel und andererseits durch Versprechungen, mit diesen Staaten Beistandspakte zu unterzeichnen und Truppen der Sowjetarmee auf dem Territorium dieser Staaten zu unterbringen. Auf diese Weise war eine Lage erreicht, wo ein bewaffneter Aufstand ausgeschlossen und somit das Schicksal der Baltischen Staaten vorherbestimmt war.

Wie könnte man aber die Außenpolitik der Estnischen Regierung in den Jahren 1939—1940 einschätzen?

Die Politik der Estnischen Regierung in den Jahren 1939—1940 ist einerseits gerechtfertigt, andererseits aber verurteilt worden. In den Beurteilungen der letzten Zeit dominieren jedoch kritische Standpunkte. Tatsächlich könnte man der Politik der damaligen Estnischen Regierung so manches zum Vorwurf machen, sowohl hinsichtlich der Innen- als auch der Außenpolitik.

In erster Linie ist und bleibt eine Tatsache, daß die Entscheidung ernster Staatsfragen oft hinter dem Rücken des Volkes stattgefunden hat. Unter den Bedingungen des autoritären Regimes des Staatspräsidenten K. Päts wurden die Beschlüsse auch über gewichtige außenpolitische Angelegenheiten nur im engen Kreise angenommen und die Bevölkerung wurde darüber erst *post factum* informiert. Genauso geschah es mit dem Sowjetisch-Estnischen Beistandspakt.

Die gefährliche internationale Lage Estlands haben die Regierung und die Obergkeiten der Armee grundsätzlich richtig eingeschätzt. Aber da

muß man gleich hinzufügen — aus den richtigen Einschätzungen hat man nicht immer richtige Schlußfolgerungen gezogen. Zuallererst — man hat sich nur mit einer ungenügenden Entschlossenheit um die Erhöhung des staatlichen Verteidigungsvermögens gekümmert.

Weiter könnte man erkennen, daß die Außenpolitik der Regierung nur aus der Momentlage ausging und nicht den eventuellen künftigen Verlauf der Vorgänge in weiterer Aussicht berücksichtigte. Man setzte sich zum Ziel die Vermeidung der möglichen sowjetischen Okkupation und setzte dabei alle Hoffnungen nur auf die Unterstützung Berlins. Freilich, die Politiker Estlands haben eine Sowjetisch-Deutsche Vereinbarung auf Kosten der Baltischen Staaten nicht ausgeschlossen. Als diese aber mittels des Hilter—Stalin-Pakts zustande kam, fand die entsprechende Information in Tallinn keine genügende öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Oppositionsführer J. Tõnisson, A. Piip u. a. haben die Orientierung der Regierung auf Deutschland verurteilt. Sie waren überzeugt davon, daß Deutschland im vorliegenden Weltkrieg unterliegen wird und daß nach dem Kriege England an der Gestaltung der Europäischen Karte eine wesentliche Rolle spielen wird.

Auch die Persönlichkeit und die Tätigkeit des im Mai 1938 angestellten Außenministers K. Selter kann man mit gutem Grund kritisieren. Es war zweifellos eine mit außerordentlichen Fähigkeiten veranlagte Respektperson, aber bei ihm mangelte es sehr an Erfahrungen der diplomatischen Arbeit.

Die Estnische Regierung und K. Selter persönlich waren z. B. schuld daran, daß die Beziehungen zu den Bündnispartnern Lettland und Litauen kühler wurden. Zur Verschlimmerung dieses Verhältnisses haben zwar auch gewisse objektive Voraussetzungen in Gestalt von unterschiedlichen außenpolitischen Ansichten beigetragen. Estland z. B. hat die Sowjetunion für die größte Gefahr gehalten, Litauen stellte sich darunter aber Deutschland vor und um dem drohenden Unheil vorzubeugen, war es bereit, mit der Sowjetunion zusammenzuwirken. Lettland aber versuchte in dieser Frage eine sog. Zwischenposition zu wahren.

Bedeutend wichtiger scheint aber die folgende Frage: Hätte Estland die Ansprüche der Sowjetunion abweisen und mit einem Krieg riskieren sollen? In der letzten Zeit hat man immer häufiger die Meinung geäußert, daß 1939 die Fügsamkeit dem sowjetischen Ultimatum gegenüber ein Fehler gewesen ist. Das Militär jedenfalls war moralisch bereit, Widerstand zu leisten.

Der Präsident und die Regierung sind davon ausgegangen, daß die Niederlage im Krieg unvermeidlich gewesen wäre, der Krieg aber viele Opfer und Leiden für die Bevölkerung gebracht hätte. Außerdem befürchtete man, daß die Sowjetunion im Falle des Widerstandes Repressionen der Bevölkerung gegenüber einsetzen würde.

Heute meint man — die Bevölkerung sei den Opfern und Repressionen sowieso nicht entkommen. Hätte man Widerstand geleistet, hätte der Status Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg anders werden können als es in der Tat wurde. Man hat dem Staatspräsidenten K. Päts, der Regierung von J. Uluots und dem Außenminister A. Piip vorgehalten, daß sie die Einhaltung des Beistandspaktes seitens der Sowjetunion erwartet haben und bei der Verletzung des Paktes nicht rechtzeitig die nötigen Maßnahmen getroffen haben.

Um der Politik der Estnischen Regierung eine wohlbegründete, durchdachte Beurteilung geben zu können, muß man zuerst diese Politik viel tiefer kennenlernen.

NSV LIIDU JA EESTI SUHETEST BAASIDE AJAJÄRGUL

Viimasel ajal tuntakse mitmel pool suurt huvi NSV Liidu ja Balti riikide vahekorra vastu 1939.—1940. aastal, sest nende riikide okupeerimine ja inkorporeerimine NSV Liitu on tänapäeval Eestis, Lätis ja Leedus toimuvate poliitiliste protsesside peamisi põhjusi.

On vaadeldud Moskva poliitilisi eesmärke ja nende saavutamiseks kasutatud taktikat Eesti suhtes alates 1939. aasta sügisest kuni 1940. aasta suveni. Nõukogude valitsuse eesmärk ei olnud vastastikuse abistamise paktide sõlmimisel üksnes riigi julgeoleku kindlustamine, vaid Läänemerele väljapääsu saamine ja Balti riikide allutamine Moskva tahtele. J. Stalin ja V. Molotov kinnitasid Eesti ja Läti esindajatele, et 1920. aastal sõlmitud rahulepinguid tuleb revideerida, sest need ei vasta võimsaks suurriigiks kujunenud NSV Liidu huvidele.

On tähelepanu juhitud asjaolule, et Punaarmee juhtkond püüdis algusest peale ignoreerida vastastikuse abistamise paktis ja selle lisaprotokollis fikseeritud seisukohti ja paigutada väed mitte lepingus ettenähtud baasidesse, vaid suurele osale Eesti territooriumist. See tähendanuks sisuliselt Eesti okupeerimist. Nõukogude valitsus eesotsas J. Stalini ja V. Molotovi pidas esialgu vajalikuks paktist enam-vähem kinni pidada ning hoidus sekkumast Eesti siseasjadesse.

1940. aasta kevadel muutus Nõukogude valitsuse poliitika Balti riikide suhtes. Artiklis on iseloomustatud Moskva põhjendamatuid rünnakuid Balti riikide vastu ja võtteid, mida kasutati Eesti sovetiseerimisel ja inkorporeerimisel.

Хейно АРУМЯЭ

ОБ ОТНОШЕНИЯХ МЕЖДУ СССР И ЭСТОНИЕЙ В ПЕРИОД СОЗДАНИЯ СОВЕТСКИХ ВОЕННЫХ БАЗ (1939—1940)

В последнее время обострился интерес к взаимоотношениям СССР и прибалтийских республик в 1939—1940 гг., так как факт оккупации и инкорпорации этих государств Советским Союзом является главной причиной сегодняшних политических процессов в Эстонии, Латвии и Литве.

В статье рассматриваются политические цели Москвы и тактика их достижения в Эстонии в период с осени 1939 г. до лета 1940 г. Заключением пакта о взаимопомощи советское правительство преследовало цели не только укрепления военной безопасности СССР, но и обеспечения выхода к Балтийскому морю и подчинения трех названных суверенных государств своей воле. И. Сталин и В. Молотов заявили представителям Эстонии и Латвии, что мирные договоры 1920 г. нуждаются в пересмотре, поскольку они не отвечают интересам ставшего великой державой СССР.

Автор обращает внимание на то важное обстоятельство, что военное руководство СССР с первых же дней после заключения пакта о взаимопомощи с Эстонией всячески старалось обойти зафиксированные как в самом пакте, так и в дополнительном протоколе положения, добиваясь дислокации войск Красной Армии не только в местах, отведенных под базы, но и на большей части территории Эстонской Республики. Фактически это означало бы оккупацию Эстонии Советским Союзом. И все же осенью 1939 г. и в первые месяцы 1940 г. правительство СССР во главе с И. Сталиным и В. Молотовым воздерживалось от вмешательства во внутренние дела Эстонии. Однако весной 1940 г. политика правительства СССР в отношении прибалтийских государств резко изменилась. В статье анализируются необоснованные обвинения Москвы и те приемы, которые использовались ею при советизации и инкорпорации Эстонии.